



facts by mail  
news aus dem spö-klub



27. Jänner 2012

## FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS

Liebe Genossinnen und Genossen,

der parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat seine Arbeit aufgenommen. Wir werden euch künftig im Anschluss an jede Sitzung über Inhalt und Verlauf des Ausschusses berichten.

Thema der ersten Ausschuss-Termine sind Affären rund um die Telekom-Austria. Dabei werden zunächst die angebliche Einflussnahme auf Gesetze und Verordnungen in Ministerien durch die Telekom Gruppe sowie mutmaßliche Zahlungen an Ex-Infrastrukturminister Hubert Gorbach (BZÖ) als Gegenleistung untersucht. Im Zentrum der ersten Zeugenladungen vom 26. 1. 2012 stand die Frage nach dem Zustandekommen der umstrittenen Novelle der Universaldienstverordnung 2006 unter Minister Gorbach, von der die Telekom profitiert haben soll. Vier SpitzenbeamtlInnen des Verkehrsministeriums wurden über Auffälligkeiten bei der Ausarbeitung der Verordnung befragt und lieferten einige Hinweise auf den Verdacht der Telekomeinflussnahme.

### Die wichtigsten Ergebnisse vom 26.01.2012:

Ein wichtiger Zeuge des U-Ausschusses, der **Telekom-Regulator Georg Serentschy**, **erschien nicht** beim Ausschuss. Die Ausschussmitglieder reagierten darauf mit einem **Antrag auf Ordnungsstrafe** sowie einer **neuerlichen Ladung unter Androhung der polizeilichen Vorführung** bei Nichterscheinen. Serentschy ist für Dienstag, **31. Jänner 2012**, als Zeuge geladen.

Die vorgeladenen ZeugInnen bestätigten, dass die **Novellierung auf eine Initiative der Telekom zurückging**. Als Verordnungstext wurde die **Vorlage der Telekom ohne Änderungen übernommen**, innerministerielle Anregungen wurden nicht berücksichtigt. Die Aussagen zeigten auch, dass die Ausarbeitung der Novelle **unter großem Zeitdruck** erfolgte und Gorbachs Kabinett ein **Begutachtungsverfahren verhindern** wollte. Alle Befragten halten die Verordnung aber für sachlich korrekt und sie gaben an, von angeblichen Geldflüssen der Telekom nichts wahrgenommen zu haben.

## **Der Ausschuss im Detail:**

### **Telekom-Regulator Serentschy erscheint nicht**

Georg Serentschy, Geschäftsführer der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR) für den Fachbereich Telekommunikation und Post sagte Mittwochabend kurzfristig per Mail ab. Sein Fernbleiben begründet Serentschy damit, erst am Vortag überraschend erfahren zu haben, dass er selbst von der Staatsanwaltschaft seit mindestens 10 Monaten im Zusammenhang mit der Universaldienstverordnung als Beschuldigter geführt wird. Serentschy ersucht den U-Ausschuss um eine spätere Einvernahme, um zuerst die gegen ihn erhobenen Vorwürfe in Erfahrung zu bringen. Der U-Ausschuss reagierte scharf auf das gesetzeswidrige Nichterscheinen eines wichtigen Zeugen und beschloss einen Antrag auf Ordnungsstrafe und eine neuerliche Ladung für 31.1. unter Androhung der polizeilichen Vorführung bei neuerlichem Nichterscheinen.

### **BMVIT-Beamtin Weissenburger: Auftrag den Entwurf der Telekom zu übernehmen**

Die erste Zeugin des U-Ausschusses war die für die Ausarbeitung der Universaldienstverordnung zuständige Beamtin Eva-Maria Weissenburger. Sie sagte aus, dass die Novellierung insgesamt auf eine Vorlage der Telekom zurückzuführen sei: „Mir ist der Auftrag erteilt worden, einen Text anhand des von der Telekom vorgelegten Entwurfes zu übernehmen“, so die Beamtin. Eigene Anregungen und die Änderungswünsche alternativer Anbieter fanden in dem von ihr erstellten Verordnungsentwurf keine Berücksichtigung. Druck aus dem Kabinett von Infrastrukturminister Gorbach sei allerdings nicht auf sie ausgeübt worden, so die Beamtin.

### **BMVIT-Abteilungsleiter Singer: Telekom-Vorschlag wurde auf Wunsch von Gorbachs Kabinettschef zur Verordnung**

Der für die Ausarbeitung der Novelle zuständige Abteilungsleiter im BMVIT, Christian Singer, bestätigt im Ausschuss, dass der Verordnungstext bereits von der Telekom vorformuliert an das Ministerium herangetragen und so übernommen wurde. Warum die zusätzlichen Vorschläge aus dem Ministerium nicht übernommen wurden, sondern ausschließlich der Vorschlag der Telekom, weiß er nicht. Singer hat von Rüdiger Schender, dem damaligen Kabinettschef Gorbachs (für den 31. Jänner geladen), den Auftrag erhalten, den Telekom-Vorschlag umzusetzen. Er berichtet auch von einem Gespräch in der Telekom über die Novelle der UDVO, an dem neben Telekom-VertreterInnen auch er und Mitglieder des Gorbach-Kabinetts teilgenommen haben. Von Geldflüssen in diesem Zusammenhang hat Singer allerdings nichts mitbekommen, ihm ist auch nie etwas angeboten worden. Er hält die Verordnung auch heute noch für sachlich und fachlich korrekt.

### **BMVIT-Beamter Stratil: Gorbach wünschte keine Begutachtung der Novelle**

Der ehemalige Spitzenbeamte des Infrastrukturministeriums, Alfred Stratil, erklärte in seiner Aussage, dass Gorbachs-Ministerbüro auf eine Begutachtung der UDVO-Novelle verzichten wollte. Dagegen haben die zuständigen BeamtInnen des Ministeriums argumentiert, dass es in 99 Prozent aller vergleichbaren Fälle üblich sei, eine Begutachtung durchzuführen und konnten sich schließlich mit ihrer Meinung durchsetzen. Auffallend sei gewesen, so Stratil, dass die Begutachtungsfrist mit nur drei Wochen auffallend kurz war und nach Ende der Frist auch keine Änderungen bei der Novelle übernommen wurden. Stratil gibt an, dass er noch nie mit dem Lobbyisten Hohegger zusammengetroffen sei. Er könne sich auch nicht vorstellen, dass es überhaupt einen Bestechungsanlass für die Telekom gegeben hat: „Der Gewinner der Novelle war nicht die Telekom alleine, sondern der ganze Universaldienstfonds, in den alle Marktteilnehmer einzahlen“, so Stratil.

## **Sektionschef Reichhardt: Verordnung sollte rasch erledigt werden**

Als letzter Zeuge des ersten Befragungstages wurde Andreas Reichhardt befragt. Reichhardt war von 2003 bis 2004 stv. Kabinettschef von Minister Gorbach, danach Sektionschef im BMVIT. Ihm gegenüber hat Gorbachs Ministerkabinett zum Ausdruck gebracht, dass die UDVO-Novelle rasch erledigt werden soll. Reichhardt ist damals auch bekannt gewesen, dass die Initiative für die Änderung der Verordnung von der Telekom ausging. Auch Reichhardt betont, nie Kontakt mit Hohegger gehabt zu haben und von Gegenleistungen in Form von Zahlungen an das BZÖ für die Novellierung nichts wahrgenommen zu haben. Aus seiner Sicht ist die Novelle „fachlich nachvollziehbar und in Ordnung“ gewesen, ungewöhnlich war aber der zeitliche Druck, die kürzest mögliche Begutachtungsfrist und die sechs Wochen, in denen der betreffende Akt dann trotz des Zeitdrucks im Ministerbüro liegen blieb – vermutet wird, dass es sich dabei um die Wochen handelte, in denen die mutmaßlichen Gegengeschäfte zwischen Telekom und BZÖ abgewickelt wurden.

## **Hintergrund zur Universaldienstverordnung (UDVO)**

Die UDVO regelt die flächendeckende Mindestversorgungspflicht mit Telekomdienstleistungen. Darin enthalten sind Vorgaben zur Versorgung entlegener Gebiete mit Telefonzellen und die gebührenfreie Erreichbarkeit von Notrufdiensten und Telefonauskunftsdiensten. Die Novelle der UDVO von 2006 – die EX-Minister Gorbach zwei Monate vor seinem Ausscheiden aus der Politik geändert hat – hat die kostenlosen Mehrwertnummern (0800, 0810 und 0820) vom ungehinderten Zugang ausgenommen. Der Vorwurf lautet, Hubert Gorbach soll die Novelle „durchgepeitscht“ und im Sinne der Telekom Austria gemacht haben und nach seiner Amtszeit im Gegenzug von der Telekom rund 264.000 Euro für seine Sekretärin erhalten haben.

## **Was kommt?**

Die **nächste Sitzung** ist für **Dienstag, 31. Jänner**, vorgesehen. Als erste Auskunftsperson ist um 9.00h neuerlich **Telekom-Regulator Georg Serentschy** geladen. Als weitere **Auskunftspersonen** sind **Stefan Weiss** (Kabinett Ex-Minister Gorbach, zuständig für Telekom), **Michael Jungwirth** (Mitarbeiter Ex-Staatssekretär Kukacka, später Telekom-Mitarbeiter), **Rüdiger Schender** (Kabinettschef Ex-Minister Gorbach), **Gabriele Kröll-Maier** (Sekretärin Gorbach) und **Günther Perger** (Mitarbeiter Agentur Hohegger) geladen.

---

Impressum & Offenlegung gem. §§ 24, 25 Mediengesetz sowie Anbieteridentifizierung gem. § 5/1 ECG:

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Eigentümer (zu 100%):

SPÖ-Parlamentsklub | Parlament, 1017 Wien | Telefon: +0043 (1) 40110-3570

e-mail: [klub@spoe.at](mailto:klub@spoe.at)

Für den Inhalt verantwortlich: Peter Pertl